

## Pressemitteilung zum Volksentscheid "UNSER WASSER"

Gemeingut in  
BürgerInnenhand



**~ Vor Verkauf von RWE-Anteilen: Offenlegung der Verträge abwarten**  
**~ Echte Rekommunalisierung in die Wahlprogramme aufnehmen**

**Berlin, den 14.02.2011:** Der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) fordert Wowerit auf, seine Rekommunalisierungspolitik zu ändern. Dazu GiB-Sprecher Carl Waßmuth, Unterstützer des Volksentscheids: "Geheimverhandlungen zum Anteilsrückkauf von RWE gehen gar nicht. Die BerlinerInnen wollen ihr Wasser zurück, aber sie wollen RWE keine Milliarden dafür in den Rachen werfen. Durch den Volksentscheid muss der Rückkauf billiger werden, nicht teurer. Bevor die Verträge nicht offen sind, darf gar nicht verkauft werden, erst muss jede juristische Rückabwicklungsmöglichkeit geprüft werden. Dazu haben wir die Offenlegung der Verträge durchgesetzt. In Frankreich wird vor Rekommunalisierungen ein zwei Jahre dauerndes Audit gemacht. Außerdem fordern wir: Auch Veolia muss raus, und zwar zusammen mit RWE. "

Gleichzeitig weist GiB die Vereinnahmungsversuche von Wowerit scharf zurück: Nach Darstellung Wowerits fühlt sich der Senat durch das Ergebnis in seinem Ziel unterstützt, ehemals privatisierte Anteile an den Wasserbetrieben zurückzukaufen. Dazu Carl Waßmuth: "Wowerit wollte auf einmal angeblich schon immer, was die Initiatoren des Volksentscheids bisher vergeblich von ihm gefordert haben. Dabei hat Wowerit die Anliegen dieses Volksentscheids bisher massiv bekämpfen lassen. Gleichzeitig redet die SPD nur von Rekommunalisierung, echte eigene Initiativen gibt es nicht. Die Rückkaufsverhandlungen der RWE-Anteile kamen auf Betreiben von RWE zustande, die Kasse machen wollen."

Gemeingut in BürgerInnenhand fordert die politischen Parteien in Berlin auf, eine echte Rekommunalisierung in ihre Wahlprogramme aufzunehmen. Carl Waßmuth: "Das Berliner Wasser wurde per Gesetz privatisiert, es kann auch per Gesetz zurück unter demokratische Kontrolle geführt werden. Gleiches ist auch für Gas, Strom und die Berliner S-Bahn möglich. Das Votum der BerlinerInnen dazu ist eindeutig: Fensterreden zu Rekommunalisierung reichen ihnen nicht mehr."

Gemeingut in BürgerInnenhand hatte den Volksentscheid mit der Kampagne „Wollt ihr wissen“ unterstützt. Der Verein wendet sich gegen die fortschreitende Privatisierung der Daseinsvorsorge und setzt sich dafür ein, dass Gemeingüter wie Wasser, Bildung, Mobilität und vieles andere zurück unter demokratische Kontrolle geführt werden.

Für Rückfragen: Carl Waßmuth, 0179 / 7724334

# Volksentscheid "UNSER WASSER" in Zahlen

Gemeingut in  
**BürgerInnenhand**



Wowereit und seine Landesregierung haben 2,47 Millionen Wahlberechtigte schriftlich und persönlich dazu aufgerufen, mit Nein zu stimmen. Nur 12.200 sind diesem Aufruf gefolgt. Das sind 0,5 Promille. Dazu Carl Waßmuth: "Kann man sich eine deutlicheres Zeugnis der Kluft zwischen Regierenden und Regierten vorstellen?" Dem gegenüber haben 665.713 Berlinerinnen oder Berliner dem Senat sein Mißtrauen ausgesprochen. Carl Waßmuth weiter: "Ihr Votum bedeutet: <<Wir glauben euch nicht, wenn ihr uns sagt, alle Verträge sind offen.>>"

665.713, das sind 241.659 mehr als die 424.054 Berlinerinnen oder Berliner, die bei den letzten Wahlen die SPD gewählt haben. Und es sind 56.474 mehr, als SPD und Linke 2006 zusammen an Stimmen bekommen haben. Es haben mehr Menschen für die Offenlegung der Wasserverträge gestimmt die amtierende Regierung an Stimmen bekommen hat.

